

Bernhard Tenhumberg MdL

Vortrag vor der Senioren Union Stadtverband Ahaus am 5. März 2008 zum Thema "2. Armuts- und Reichtumsbericht in Nordrhein-Westfalen"

I. Sozialberichterstellung in NRW

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach 2 ½ Jahren Regierung Rüttgers können wir feststellen, dass es dem Land und seinen Menschen besser geht als vor zwei Jahren:

- o Wir haben ca. 200.000 Arbeitslose weniger als noch vor einem Jahr.
- o Es gibt ca. 115.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mehr als 2006.
- o Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen ist innerhalb eines Jahres um rund 30 %
- o die Zahl der Langzeitarbeitslosen um knapp 20 % zurückgegangen.

Darauf können wir stolz sein.

Auf diesen Erfolgen dürfen wir uns aber nicht ausruhen.

Das zeigt uns der Sozialbericht NRW 2007.

Er ist der 2. Armuts- und Reichtumsbericht in Nordrhein-Westfalen. Der erste Bericht dieser Art wurde 2004 veröffentlicht.

Wenn ich ehrlich bin, habe ich mich schon darüber gewundert, dass der Sozialbericht 2004 von der damaligen rot-grünen Landesregierung nur der Presse vorgestellt, aber im Landtag nicht diskutiert wurde. Immerhin war es der Landtag, der im Jahr 2001 beschlossen hat, die Landessozialberichterstattung zu einem Armuts- und Reichtumsbericht weiterzuentwickeln.

Ich glaube nicht, dass der Bericht grundlegend neue Erkenntnisse über die Ursachen der Armut in unserem Land gebracht hat. Der Bericht hat die alten Datengrundlagen im Wesentlichen fortgeschrieben und präzisiert.

Es hat mich deshalb nicht überrascht, dass das Risiko, arm zu sein, steigt

- bei Arbeitslosigkeit,
- bei vielen Kindern,
- bei mangelnder Qualifikation,
- bei Scheidungen,
- bei Zugewanderten,
- bei fehlenden Schul- und Berufsabschlüssen.

Es gibt mir aber zu denken, dass sich das Armutsrisiko in NRW seit 2000 von 13,7 % auf 14,3 % im Jahr 2005 erhöht hat.

Konkret bedeutet das:

Rund **2,57 Millionen Menschen in NRW** sind einkommensarm.

Circa 815.000 Kinder und Jugendliche sowie rund

1,75 Millionen Erwachsene leben in einkommensarmen Haushalten, darunter rund 230.000 Personen im Alter von 65 Jahren und älter.

Als einkommensarm und damit armutsgefährdet gelten Personen, deren Einkommen aus Erwerbsarbeit, Rente und öffentlicher Unterstützung weniger als 50 % des Durchschnittseinkommens

der Gesamtbevölkerung in NRW beträgt. Dies sind nach dieser Definition Menschen mit einem Einkommen unter 615 Euro.

Rot-grün hat nach der Vorstellung des neuen Sozialberichts am 9. Mai reflexartig den Notstand in Nordrhein-Westfalen ausgerufen und mehr Geld gefordert. Viel mehr ist denen dazu nicht eingefallen.

Ich möchte heute noch einmal ganz deutlich sagen:

Der Sozialbericht 2007 ist die Abschlussbilanz der rot-grünen Vorgängerregierung, denn der Großteil der erhobenen Daten stammt aus den Jahren vor 2005.

Ich hoffe, dass die Ergebnisse positiver sind, wenn wir den nächsten Sozialbericht vorlegen. Ich bin mir aber sicher, dass ich bei der Vorstellung des nächsten Sozialberichts hier im Landtag sagen kann:

Die Landesregierung hat Konsequenzen aus der Sozialberichterstattung gezogen. Die Regierung Rüttgers hat ihr Möglichstes getan, um Teilhabe zu gewährleisten. Das MAGS mit dem Minister Karl-Josef Laumann sind der Freund der kleinen Leute.

Das ist der Unterschied zu Rot-Grün. Sie haben über die Probleme nur geredet. Sie haben den Menschen gebetsmühlenartig erklärt, dass alles auf einem guten Weg sei. Konsequenzen aus dem Sozialbericht haben Sie nicht gezogen.

Und was war das Ergebnis der rot-grünen Politik?

Nehmen wir das Beispiel Bildung. Grundsätzlich kann man sagen: Je höher der Bildungsabschluss, desto geringer die Armutsgefährdung.

Die ungünstigsten Voraussetzungen in unserem Land haben diejenigen, die ohne allgemein bildenden Abschluss sind. Über 93 % von ihnen bleiben auch ohne beruflichen Bildungsabschluss.

Diese Situation spiegelt sich auch in der Erwerbslosenquote wider. Bei den Geringqualifizierten lag sie 2005 bei 23,6 %, bei den Qualifizierten bei 9,5 % und bei den Hochqualifizierten bei 4,9 %.

Zwischen den höchsten Bildungsabschlüssen der Eltern und denen der Kinder besteht ein enger Zusammenhang:

Nur 10,3 % der Kinder von Eltern ohne schulischen Abschluss erlangen das Abitur.

Deshalb bekämpft man Armut am besten durch bessere Bildung.

Es ist aktive Armutsbekämpfung, das Schulsystem in NRW wieder auf Vordermann zu bringen.

Deshalb hat die Landesregierung

- den Unterrichtsausfall fast halbiert.
- Es werden 4.000 zusätzliche Lehrer gegen Unterrichtsausfall und für individuelle Förderung bis 2010 eingestellt.
- Davon sind 3.000 Stellen schon zum nächsten Schuljahr eingerichtet.

Das Ministerium Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen finanziert für rund 5.000 junge Menschen eine Ausbildung im Rahmen des Sonderprogramms 2006, des Dritten Weges und der Verbundausbildung.

Das ist konkrete Armutsbekämpfung.

Allein für das Sonderprogramm Ausbildung 2006 nehmen wir über einen Zeitraum von drei Jahren über 90 Millionen Euro in die Hand.

Ich möchte hier auch noch einige weitere Maßnahmen im Bereich Bildung nennen, die sich sehen lassen können:

- In dem Projekt "Betrieb und Schule" befinden sich im Jahr 2007 4.200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.
- Am Werkstattjahr nehmen derzeit 4.200 Schülerinnen und Schüler teil. Dafür stellen wir 25 Millionen Euro zur Verfügung.
- Seit dem 1. September 2006 gibt es in NRW erstmals eine staatlich geregelte Altenpflegehilfeausbildung. 1.400 Schulabgänger mit dem Hauptschulabschluss Klasse 9 und

10 haben diese Ausbildung begonnen. Dafür stellen wir 5,2 Mio. Euro an ESF Mitteln zur Verfügung.

- Der Bildungsscheck wurde Ende Januar 2006 in Nordrhein-Westfalen eingeführt. Bislang wurden über 100.000 Bildungsschecks ausgegeben. Das Land stellt für dieses Instrument rund 14 Mio. Euro bereit.

II. Armut in NRW

Zurück zu den Ergebnissen des Sozialberichts, zunächst zum Bereich der Familien:

Das Armutsrisiko der Familien ist im Wesentlichen abhängig von der Anzahl der Kinder und der Erwerbsbeteiligung der Eltern. 2005 lebten in NRW 2 Millionen Familien mit 3,3 Mio. Kindern und Jugendlichen. Es ist eine gute Nachricht, dass über 80 % dieser Kinder in einer ehelichen Lebensgemeinschaft aufwachsen. Eine schlechte Nachricht ist aber, dass fast jedes 4. Kind in einem einkommensarmen Haushalt lebt.

Das Einkommen von Personen in Familien liegt ca. 18 % unter dem durchschnittlichen Einkommen. Bei Alleinerziehenden liegt das Einkommen sogar rund 36 % unter dem Durchschnitt.

In einer besonders schwierigen Situation befinden sich Kinder mit Zuwanderungsgeschichte: Ihr Armutsrisiko liegt bei fast 43 %.

Bei Kindern und Jugendlichen ohne Migrationshintergrund sind es nur 15 %.

Konkret bedeutet das:

- Eine Familie mit 2 Kindern, die beide unter 14 Jahren als sind, ist armutsgefährdet bei einem Einkommen von unter 1.661 Euro.
- Eine Familie mit 4 Kindern unter 14 Jahren, ist armutsgefährdet bei einem Einkommen unter 2.276 Euro.

Meine Damen und Herren,

ich glaube, wir sind uns alle darüber einig: Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein!

Deshalb will die Landesregierung bis 2010 das Platzangebot für Unter-Dreijährige von derzeit etwa 2,8 % auf 20 % ausbauen. So kann Familienarbeit besser mit Erwerbsarbeit kombiniert werden.

Wir müssen uns aber auch intensiv um über 4 Millionen Migranten in NRW kümmern. Ein Drittel, das sind rund 1,3 Mio. Menschen, lebt in einkommensschwachen Haushalten.

Besonders problematisch ist die Situation der türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, bei ihnen sind fast 44 % von Armut bedroht.

Die Landesregierung sorgt deshalb für bessere Teilhabechancen von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte.

Durch den Sprachtest mit vier Jahren werden Defizite rechtzeitig erkannt und durch gezielte Sprachförderung bis zum Schulalter werden diese Kinder dem Unterricht auch folgen können.

Lassen Sie mich noch ein weiteres Problem ansprechen, um das wir uns kümmern müssen:

Bei mehr als jedem sechsten Vollzeit-Alleinverdiener mit minderjährigen Kindern im Haushalt reicht das Einkommen nicht aus, um dem Armutsrisiko zu entgehen.

Weil die Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen Schutz vor sittenwidrigen Löhnen brauchen, hat der Minister Karl-Josef Laumann die Tarifverträge im Wach- und Sicherheitsgewerbe und im Hotel- und Gaststättengewerbe für allgemeinverbindlich erklärt.

Damit ist gesichert, dass über 200.000 Beschäftigte in NRW nicht noch weiter von Armut bedroht werden.

Wir müssen aber auch eine weitere Entwicklung im Auge behalten:

Normalarbeitsverhältnisse haben in NRW an Bedeutung verloren. Während im Jahr 2000 noch ca. 5 Mio. Personen, 66,8 % der Erwerbstätigen, in Normalarbeitsverhältnissen arbeiteten, waren es 2004 nur noch rund 4,6 Mio. bzw. 63,7 %.

Weiter angestiegen ist die Zahl der

- befristeten Beschäftigungen
- Teilzeitbeschäftigungen und
- geringfügigen Beschäftigungen als Hauptbeschäftigung.

Diese Beschäftigungsformen sind eine Domäne der Frauen und nichtdeutscher und jüngerer Erwerbstätiger.

III. Alterarmut vermeiden

Ein letzter, aber sehr wichtiger Punkt:

In Deutschland gibt es heute keine weit verbreitete Altersarmut. Wir haben aber nun einmal viele - auch tariflich vereinbarte - Stundenlöhne zwischen 5,50 und 7,00 Euro. Damit bekommen Sie nach 45 Jahren keine Rente mehr oberhalb der Grundsicherung.

Wenn wir in 15 oder 20 Jahren zusätzlich zu den bereits bestehenden sozialpolitischen Herausforderungen auch noch mit Altersarmut zu kämpfen haben, werden wir in unserem Land sehr ernste Probleme bekommen. Deshalb müssen wir noch stärker darüber nachdenken, wie man sicherstellen kann, dass ein Mensch, der ein Leben lang gearbeitet hat, eine Rente über der Armutsgrenze erhält. Eine Antwort liefert dabei das Modell der Katholischen Verbände.

Wir müssen aber auch nach Alternativen im bestehenden Rentensystem suchen - so wäre etwa die Verlängerung der Rentenberechnung nach Mindesteinkommen ein Weg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich könnte noch eine lange Liste mit konkreten Maßnahmen der Landesregierung nennen, die der Armutsbekämpfung dienen.

Ich denke da z.B. an den

- "Kombilohn NRW"
- die Initiative "Jugend in Arbeit plus",
- die medizinische Versorgung von wohnungslosen Menschen,
- unsere Maßnahmen der Sucht- und Drogenhilfe
- und nicht zuletzt das behindertenpolitische Programm "Teilhabe für alle"

Ich glaube aber, dass wir unsere Anstrengungen zur Verhinderung fortsetzen sollten. Teilhabemöglichkeiten für alle ist Voraussetzung für den sozialen, gesellschaftlichen Frieden.

Armutsbekämpfung ist und bleibt Aufgabe einer christlich, sozialen Politik.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!